

Antrag

an das 96. Landesschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann (LSS)

Titel: **Wer Jugendliche ausschließt, verrät die
Demokratie – Wahlrecht ab 14**

Antragstext

1 Das Landesschüler*innenparlament fordert die Absenkung des Wahlalters auf 14
2 Jahre bei Landtags- und Kommunalwahlen und erkennt Jugendliche ausdrücklich als
3 politische mündige Subjekte an.

4 Diese Forderung ergibt sich aus der eklatanten Diskrepanz zwischen politischer
5 Betroffenheit und politischer Teilhabe. Jugendliche tragen die langfristigen
6 Folgen politischer Entscheidungen zu Klima, Bildung, Sozialstaat und
7 Digitalisierung, werden jedoch systematisch von Mitbestimmung ausgeschlossen.

8 Empirische Untersuchungen aus Staaten mit niedrigerem Wahlalter zeigen keine
9 erhöhte Anfälligkeit für Extremismus, sondern stabile Wahlentscheidungen und
10 eine langfristig höhere demokratische Beteiligung. Das Argument mangelnder Reife
11 ist empirisch widerlegt, aber politisch unbequem.

12 Demokratie ist kein Privileg, das mit dem 16. Oder 18. Geburtstag plötzlich
13 entsteht. Sie ist ein Recht und sie muss gelernt werden, indem man sie ausübt.

Begründung

Jugendliche sich von politischen Entscheidungen massiv betroffen, von Klimapolitik über Bildung bis Sozialstaat. Sie tragen die langfristigen Konsequenzen, dürfen aber nicht mitentscheiden. Dieses Demokratiedefizit ist nicht zu rechtfertigen.

14-Jährige dürfen arbeiten, Steuern zahlen, politische demonstrieren und werden in Schulen intensiv politisch gebildet. Aber wählen? Angeblich zu unreif. Dieses Argument ist nicht empirisch, sondern paternalistisch.

Studien aus Ländern mit niedrigerem Wahlalter zeigen stabile Wahlentscheidungen und langfristig höhere politische Beteiligung. Demokratie wird nicht geschwächte, sondern gestärkt.

Wer Jugendlichen politische Mündigkeit abspricht, spricht ihnen letztlich auch ihre gesellschaftliche Relevanz ab. Dieser Antrag ist keine Provokation, er ist überfällig.